

**Prüfungsordnung für Studierende des Bachelorstudiengangs „Pädagogik“ (B.A.)
und des Masterstudiengangs „Organisationspädagogik“ (M.A.)
des Fachbereichs 1: Bildungswissenschaften
an der Universität Koblenz**

Vom 03. Mai 2011 in der Fassung vom 5. Juli 2023*****

Aufgrund des § 7 Abs. 2 Nr. 2 und des § 86 Abs. 2 Nr. 3 des Hochschulgesetzes in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. S. 464), BS 223-41, geändert durch das Landesgesetz zum Schutz der Berufsbezeichnungen im Ingenieurwesen und über die Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz vom 9. März 2011 (GVBl. S. 47) hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs 1: Bildungswissenschaften der Universität Koblenz-Landau am 15. April 2010 die folgende Prüfungsordnung für Studierende des Bachelorstudiengangs „Pädagogik“ (B.A.) und des Masterstudiengangs „Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Forschung und Entwicklung in Organisationen“ (M.A.) an der Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz beschlossen. Diese Prüfungsordnung hat der Präsident am 09. Mai 2011 genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

Inhaltsübersicht

- § 1 Geltungsbereich, Ziel des Studiums, Zweck der Bachelorprüfung und der Masterprüfung, akademischer Grad
- § 2 Zugangsvoraussetzungen
- § 3 Beratung und Information der Studierenden
- § 4 Anerkennung und Anrechnung von Leistungen
- § 5 Regelstudienzeit, modularisierter Studienaufbau, Leistungspunktesystem, Gliederung des Studiums
- § 6 Umfang der Prüfungen
- § 7 Teilnahme und Meldepflichten
- § 8 Modulprüfungen
- § 9 Mündliche Prüfungen
- § 10 Schriftliche Prüfungen (Klausur, e-Klausur, Hausarbeit)
- § 11 Portfolio-Prüfungen
- § 12 Weitere Prüfungsleistungen
- § 13 Bewertung der Prüfungsleistungen
- § 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 15 Bestehen, Nichtbestehen und Wiederholung der Bachelorprüfung bzw. der Masterprüfung
- § 16 Einhaltung von Fristen
- § 17 Zeugnis, Diploma Supplement
- § 18 Bachelorurkunde / Masterurkunde
- § 19 Einsichtsrecht in Prüfungsakten
- § 20 Prüfungsausschuss / Prüfungsverwaltung
- § 21 Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer
- § 22 Bestandteile der Bachelor- und der Masterprüfung
- § 23 Meldung und Zulassung zur Bachelorprüfung bzw. zur Masterprüfung
- § 24 Bachelorarbeit / Masterarbeit
- § 25 Ungültigkeit der Bachelorprüfung bzw. der Masterprüfung
- § 26 Inkrafttreten

Anhang 1: Module im Bachelorstudiengang

Anhang 2: Module im Masterstudiengang

* **Ab WS 24/25 Umbenennung des Masterstudiengangs in „Organisationspädagogik“, vorher: „Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Forschung und Entwicklung in Organisationen.**

** veröffentlicht im Mitteilungsblatt 03/2011 der Universität Koblenz-Landau, S. 3

*** veröffentlicht im Mitteilungsblatt 3/2023 der Universität Koblenz, S. 51

Hinweise:

Übergangsregelung der Änderungsordnung vom 12. Juli 2016 (Mitteilungsblatt 4/2016, S. 33)

Studierende, die das Studium des Bachelorstudiengangs „Pädagogik“ oder des Masterstudiengangs „Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Forschung und Entwicklung in Organisationen“ bis einschließlich Sommersemester 2016 aufgenommen haben, können die Bachelorprüfungen bis einschließlich Sommersemester 2020 und die Masterprüfung bis einschließlich WS 2023/24 nach den bisherigen Bestimmungen ablegen. In Fällen besonderer Härte, insbesondere Krankheit oder Schwangerschaft, kann diese Frist angemessen verlängert werden; hierüber entscheidet der Prüfungsausschuss.

Übergangsregelung der Änderungsordnung vom 21. Februar 2017 (Mitteilungsblatt 2/2017, S. 98)

Studierende, die das Studium des Bachelorstudiengangs „Pädagogik“ oder des Masterstudiengangs „Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Forschung und Entwicklung in Organisationen“ bis einschließlich Sommersemester 2016 aufgenommen haben, können die Bachelorprüfungen bis einschließlich Sommersemester 2020 und die Masterprüfung bis einschließlich WS 2023/24 nach den bisherigen Bestimmungen ablegen. In Fällen besonderer Härte, insbesondere Krankheit oder Schwangerschaft, kann diese Frist angemessen verlängert werden; hierüber entscheidet der Prüfungsausschuss.

Übergangsregelung der Änderungsordnung vom 5. Juli 2023 (Mitteilungsblatt 3/2023, S. 51)

Die dritte Änderungsordnung gilt für Studierende, die zum Wintersemester 2023/2024 das Studium des Bachelor- bzw. des Masterstudiengangs aufnehmen. Studierende, die bei Inkrafttreten der Änderungsordnung bereits für den Bachelor- oder den Masterstudiengang eingeschrieben sind, können nach den neuen Bestimmungen studieren, sofern sie dies innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Prüfungsordnung schriftlich beantragen. Studierende, die das Studium des Bachelorstudiengangs „Pädagogik“ oder des Masterstudiengangs „Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Forschung und Entwicklung in Organisationen“ bis einschließlich Sommersemester 2023 aufgenommen haben, können die Bachelorprüfung bis einschließlich Sommersemester 2027 und die Masterprüfung bis einschließlich Wintersemester 2025/2026 nach den bisherigen Bestimmungen ablegen. In Fällen besonderer Härte, insbesondere Krankheit oder Schwangerschaft, kann diese Frist angemessen verlängert werden; hierüber entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag.

Die Umbenennung des Masterstudiengangs in „Organisationspädagogik“ tritt zum 1. Oktober 2024 in Kraft.

§ 1

Geltungsbereich, Ziel des Studiums,

Zweck der Bachelorprüfung und der Masterprüfung, akademischer Grad

(1) Diese Prüfungsordnung regelt die Prüfung im Bachelorstudiengang „Pädagogik“ (Bachelorprüfung) und im Masterstudiengang „Organisationspädagogik“ (Masterprüfung) des Fachbereichs 1: Bildungswissenschaften an der Universität Koblenz.

(2) Der Bachelorstudiengang „Pädagogik“ ist ein grundständiger wissenschaftlicher Studiengang, der zu einem ersten berufsqualifizierenden akademischen Abschluss führt. Er hat zum Ziel, die Aneignung wissenschaftlicher Grundlagen, fachspezifischer und fachübergreifender Methodenkompetenzen sowie berufsfeldbezogener Qualifikationen zu gewährleisten, durch die sich die Absolventin bzw. der Absolvent auf den Einsatz in unterschiedlichen Berufsfeldern und auf ein lebenslanges Lernen vorbereitet.

Der Masterstudiengang „Organisationspädagogik“ ist ein konsekutiver Studiengang, der zu einem berufsqualifizierenden akademischen Abschluss führt. Er dient dem Erwerb von fachlichen Vertiefungskennnissen und operativen Kompetenzen, die zu einem wissenschaftsorientierten Arbeiten im Hinblick auf Analyse, Gestaltung und Reflexion von Strukturen und Prozessen der Bildung und Förderung im Spannungsfeld von individuellen und organisationalen Logiken befähigen, wodurch die Absolventin bzw. der Absolvent auch auf ein lebenslanges Lernen und den Einsatz in unterschiedlichen Berufsfeldern vorbereitet wird.

(3) Durch die Bachelorprüfung soll - im Sinne des Deutschen Qualifikationsrahmens - festgestellt werden, ob die Kandidatin oder der Kandidat

1. über das erforderliche Wissen - im Sinne einer zeitgemäßen interdisziplinär angelegten fachwissenschaftlichen Grundbildung - verfügt sowie die entsprechenden instrumentellen, systemischen und kommunikativen Kompetenzen entwickelt hat, um eine berufliche Rolle professionell zu gestalten;
2. die Voraussetzungen erfüllt, um das Studium im Masterstudiengang „Organisationspädagogik“ oder in einem anderen Masterstudiengang fortsetzen zu können.

Durch die Masterprüfung soll - im Sinne des Deutschen Qualifikationsrahmens - festgestellt werden, ob die Kandidatin oder der Kandidat über die Kompetenz verfügt, fachwissenschaftliches Wissen interdisziplinär und kontextbezogen zu entwickeln und einzusetzen, und ob sie bzw. er in der Lage ist, eine komplexe berufliche Rolle in pädagogischen Handlungsfeldern auszugestalten.

(4) Nach erfolgreich absolviertem Bachelorstudium und bestandener Bachelorprüfung bzw. erfolgreich absolviertem Masterstudium und bestandener Masterprüfung verleiht der für das Fachstudium zuständige Fachbereich den akademischen Grad eines „Bachelor of Arts“ (B.A.) bzw. eines „Master of Arts“ (M.A.). Der Hochschulgrad darf dem Namen der Absolventin bzw. des Absolventen beigefügt werden.

§ 2

Zugangsvoraussetzungen

(1) Zum Bachelorstudiengang Pädagogik wird zugelassen, wer über eine Hochschulzugangsberechtigung gemäß § 65 Abs. 1 und 2 Hochschulgesetz (HochSchG) verfügt und den Prüfungsanspruch für diesen Studiengang noch nicht verloren hat.

(2) Zum Masterstudiengang Organisationspädagogik wird zugelassen, wer das Bachelorstudium Pädagogik nach Maßgabe dieser Prüfungsordnung erfolgreich abgeschlossen hat bzw. einen vom Prüfungsausschuss gemäß § 4 anerkannten Studienabschluss vorweisen kann.

(3) Studienbewerberinnen und Studienbewerber für den Masterstudiengang, welche zum Zeitpunkt der Bewerbungsfrist noch keinen Studienabschluss gemäß Abs. 2 vorlegen können, aber voraussichtlich im folgenden Semester sämtliche Studien- und Prüfungsleistungen ablegen werden, können auf Antrag zugelassen werden, wenn die Bachelorarbeit angemeldet wurde. Die Universität Koblenz stellt die Möglichkeit zur Erbringung und die rechtzeitige Bewertung der ausstehenden Prüfungsleistungen – sofern die Leistungen an der Universität Koblenz zu erbringen sind und die Bewertung durch Lehrende der Universität Koblenz erfolgt – sicher. Die Studierenden sind zur Mitwirkung verpflichtet. Werden die Zugangsvoraussetzungen nicht vollständig bis Ende des ersten Semesters nachgewiesen, so ist die Einschreibung in das darauffolgende Semester gemäß § 68 Abs. 1 Nr. 1 HochSchG zu versagen; ist diese bereits erfolgt, so erlischt sie. Von der Ausnahmeregelung in Satz 1 kann nur einmal Gebrauch gemacht werden.

(4) Stellt der Prüfungsausschuss fest, dass erforderliche Kompetenzen aus einem Bachelorstudiengang für die Zulassung zum Masterstudiengang nicht nachgewiesen sind, kann durch ihn eine Zulassung unter Auflagen erfolgen. Mit dem Zulassungsbescheid erhält die oder der Studierende einen Bescheid, in dem die noch nachzuweisenden Kompetenzen aufgeführt sind sowie der Zeitraum, in dem sie nachzuweisen sind. Die noch zu erbringenden Leistungen dürfen einen Umfang von 30 Leistungspunkten nicht überschreiten. Die Auflagen müssen bis zur Anmeldung der Masterarbeit erfüllt sein.

§ 3

Beratung und Information der Studierenden

(1) Die Verantwortlichen des Studiengangs sowie die Fachstudienberaterin bzw. der Fachstudienberater führen mindestens einmal jährlich verschiedene Informationsveranstaltungen durch, in der alle Studierenden des jeweiligen Studiengangs über aktuelle Änderungen des Modulhandbuchs, das voraussichtliche Lehrangebot des laufenden und des nächsten Studienjahres sowie über die wesentlichen Bestimmungen dieser Prüfungsordnung informiert und über die zweckmäßige Gestaltung des Studiums beraten werden. Allgemeine und aktuelle Informationen zum Studiengang sind zudem schriftlich, in geeigneter Form (ggf. digital) den Studierenden zur Verfügung zu stellen.

(2) Die Fachstudienberaterin bzw. der Fachstudienberater steht ebenso wie die vom Prüfungsausschuss benannten Modulverantwortlichen den Studierenden zu regelmäßigen und öffentlich bekannt zu machenden Zeiten für Fragen zur Verfügung.

(3) Die Dekanin bzw. der Dekan sorgt im Rahmen ihrer bzw. seiner Aufgaben nach § 88 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 21 HochSchG dafür, dass die Modulprüfungen in den in dieser Prüfungsordnung festgesetzten Zeiträumen abgelegt werden können. Zu diesem Zweck werden die Studierenden rechtzeitig sowohl über Art und Anzahl der Modulprüfungen als auch über die Termine, zu denen sie zu erbringen sind, informiert. Den Studierenden sind für jede Modulprüfung auch die jeweiligen Wiederholungstermine bekannt zu geben.

§ 4

Anerkennung und Anrechnung von Leistungen

(1) An einer Hochschule erbrachte Leistungen sind auf Antrag anzuerkennen, soweit keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen bestehen. Bei dieser Anerkennung ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Bei der Anerkennung von Leistungen, die außerhalb Deutschlands erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vorliegen, kann bei Zweifeln die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. Die Beweislast dafür, dass ein Antrag die Voraussetzungen für die Anerkennung nicht erfüllt, liegt bei der Universität Koblenz. Die Gründe sind den Studierenden schriftlich mitzuteilen.

(2) weggefallen

(3) Beabsichtigt die oder der Studierende ein Auslandsstudium mit anschließender Anerkennung von im Ausland erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen, soll sie oder er vor Beginn des Auslandsstudiums mit einer der ECTS-Koordinatorinnen bzw. einem der ECTS-Koordinatoren und ggf. den jeweiligen Modulbeauftragten des Studiengangs ein Gespräch über die Anerkennungsfähigkeit der Prüfungsleistungen führen.

(4) weggefallen

(5) Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene gleichwertige Kenntnisse und Qualifikationen werden in einem Umfang bis höchstens zur Hälfte des Hochschulstudiums angerechnet. Die Anrechnung erfolgt im Einzelfall auf Grundlage der Lernziele / Kompetenzen des jeweiligen Studiengangs, die in den Modulhandbüchern formuliert sind, sowie z. B. auf Grundlage von Ausbildungsinhalten. Für den Bachelorstudiengang können auf Antrag insbesondere vollständig absolvierte, pädagogisch relevante Praxiszeiten aus Berufsausbildungen (z. B. Erzieherin/Erzieher oder Heilerziehungspflege) und institutionalisierten Freiwilligendiensten (z. B. freiwilliges soziales Jahr, Bundesfreiwilligendienst) im Rahmen des Moduls P 1 vollständig oder teilweise anerkannt werden.

(5a) Die Anerkennung von Leistungen setzt voraus, dass nach erfolgter Einschreibung noch mindestens eine Prüfungsleistung im Bachelor- bzw. im Masterstudiengang an der Universität Koblenz zu erbringen ist.

(6) Werden Leistungen anerkannt oder angerechnet, sind die Noten, soweit die Notensysteme vergleichbar sind, zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Den anerkannten oder angerechneten Leistungen werden die Leistungspunkte zugerechnet, die gemäß Studienverlaufsplan hierfür vorgesehen sind. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anerkennung oder Anrechnung im Zeugnis wird vorgenommen.

(7) Für die Anerkennung von Leistungen legt die Kandidatin oder der Kandidat dem Prüfungsausschuss die erforderlichen Unterlagen vor, aus denen die Bewertung, die Leistungspunkte und die Zeitpunkte der anzuerkennenden Prüfungsleistungen hervorgehen, denen sie bzw. er sich in einem anderen Studiengang oder an anderen Hochschulen bisher unterzogen hat. Die Unterlagen müssen von derjenigen Hochschule ausgestellt sein, an der die Prüfungsleistungen abgelegt wurden. Über die Anerkennung entscheidet der Prüfungsausschuss.

(8) Bei den Anerkennungsverfahren werden sämtliche von der Kandidatin oder dem Kandidaten abgelegte - sowohl die bestandenen als auch die nicht bestandenen - Studien- und Prüfungsleistungen, zu denen es gleichartige Leistungen im Bachelorstudiengang oder im Masterstudiengang gibt, berücksichtigt. § 15 Abs. 3 Satz 1 und 2 sind anzuwenden.

(9) Sofern Anerkennungen oder Anrechnungen vorgenommen werden, können diese mit Auflagen hinsichtlich nachzuholender Leistungen verbunden werden. Auflagen sind der Kandidatin oder dem Kandidaten schriftlich mitzuteilen. Die Mitteilung ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 5

Regelstudienzeit, modularisierter Studienaufbau, Leistungspunktesystem, Gliederung des Studiums

(1) Die Regelstudienzeit für den Bachelorstudiengang „Pädagogik“ bzw. den Masterstudiengang „Organisationspädagogik“ einschließlich der Zeiten für Praktika, der Zeit für das vollständige Ablegen aller Modulprüfungen sowie die Anfertigung der Bachelor- bzw. Masterarbeit beträgt drei bzw. zwei Jahre (6 bzw. 4 Semester).

(2) Der Studiengang ist modular strukturiert. Als „Modul“ werden thematisch und zeitlich aufeinander abgestimmte, in sich abgeschlossene Lehreinheiten bezeichnet, die in der Regel in zwei bzw. drei Semestern abgeschlossen werden können. Jedes Modul wird studienbegleitend i. d. R. mit einer Modulprüfung gemäß § 6 abgeschlossen.

(3) Jedes Modul ist mit Leistungspunkten (LP) versehen, die dem ungefähren Zeitaufwand entsprechen, der in der Regel durch die oder den Studierenden für den Besuch aller Lehrveranstaltungen des Moduls, die Vor- und Nachbereitung des Lehrstoffes, den ggf. erforderlichen Erwerb von Leistungsnachweisen, die Prüfungsvorbereitung und die Ablegung der Modulprüfung aufzuwenden ist. Entsprechendes gilt für die Bachelor- bzw. Masterarbeit. Der zeitliche Gesamtaufwand beträgt pro Semester im Mittel 30 Leistungspunkte. Ein Leistungspunkt entspricht dabei einem durchschnittlichen Zeitaufwand von 30 Arbeitsstunden. Die Maßstäbe für die Zuordnung von Leistungspunkten entsprechen dem European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS).

(4) Zum erfolgreichen Abschluss des Bachelorstudiengangs müssen insgesamt 180 Leistungspunkte nachgewiesen werden, die sich wie folgt auf die Studienbereiche verteilen:

- Basisbereich (B) 23 LP,
- Profillbereich (P) 128 LP,
(einschließlich zweier gewählter
Studienschwerpunkte, 49 LP)
- Referenzbereich (R) 22 LP,
- Entwicklungsbereich (E) 7 LP.

Zum erfolgreichen Abschluss des Masterstudiengangs müssen insgesamt 120 Leistungspunkte nachgewiesen werden, die sich wie folgt auf die Studienbereiche verteilen:

- Grundlagenbereich (G) 21 LP,

- Vertiefungsbereich (V) 57 LP,
- Integrationsbereich (I) 17 LP,
- Abschlussbereich (A) 25 LP.

(5) Der zeitliche Gesamtumfang in Semesterwochenstunden (= SWS im Rahmen des Kontaktstudiums) der für den erfolgreichen Abschluss des Bachelor- bzw. des Masterstudiums vorgesehenen Lehrveranstaltungen beträgt im Bachelor insgesamt 101-102 SWS (davon 56 SWS im Rahmen der Pflichtmodule, je nach Kombination 34 oder 35 SWS zusammen für die beiden Wahlpflichtmodule aus P4 und ca. 11 SWS aus dem offenen Wahlpflichtbereich im Modul P 3). Der zeitliche Gesamtumfang des Masterstudiengangs beträgt 49 SWS (Pflichtmodule).

(6) Voraussetzung für den Erwerb von Leistungspunkten ist ggf. die regelmäßige Teilnahme an Veranstaltungen des Moduls (vgl. § 7) sowie der erfolgreiche Abschluss der Modulprüfung (vgl. §§ 8-12). Die Bachelor-Module P 3 und E 1 sowie die Master-Module des Integrationsbereichs werden nicht benotet, sondern nur im Hinblick auf das Bestehen oder Nicht-Bestehen bewertet.

§ 6 Umfang der Prüfungen

Die Bachelorprüfung bzw. die Masterprüfung setzt sich zusammen aus den Modulprüfungen gemäß den Anhängen 1 bzw. 2.

§ 7 Teilnahme und Meldepflichten

(1) In den Lehrveranstaltungen ist eine Verpflichtung zur Anwesenheit der Studierenden nur zulässig, wenn sie erforderlich ist, um das Lernziel der Veranstaltungen zu erreichen. Dies ist insbesondere bei Exkursionen, Praktika, praktischen Übungen und Laborübungen der Fall. Bei Vorlesungen ist eine Verpflichtung zur Anwesenheit nicht zulässig. Sofern nichts anderes geregelt ist, teilen die Lehrenden zu Beginn der ersten Veranstaltung des Moduls den Studierenden mit, in welchen Veranstaltungen Anwesenheitspflicht besteht; die Anwesenheitspflicht ist zu begründen. Eine regelmäßige Teilnahme an den Lehrveranstaltungen liegt dann vor, wenn die oder der Studierende in allen von der Veranstaltungsleiterin oder dem Veranstaltungsleiter im Verlauf eines Semesters angesetzten Einzelveranstaltungen teilgenommen hat. Eine regelmäßige Anwesenheit kann noch attestiert werden, wenn die oder der Studierende bis zu zwei Einzelveranstaltungen, höchstens aber vier Veranstaltungsstunden im Semester, versäumt hat, insofern eine Begründung vorliegt. Nur in begründeten Einzelfällen können Ausnahmen zugelassen werden.

(2) weggefallen

(3) weggefallen

(4) Die Veranstaltungsleiterin bzw. der Veranstaltungsleiter trägt unmittelbar nach Abschluss einer Lehrveranstaltung die Namen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und im Falle erbrachter Prüfungsleistungen auch die von ihnen erzielten Noten in das elektronische Prüfungsverwaltungssystem ein.

§ 8 Modulprüfungen

(1) Die Modulprüfungen werden studienbegleitend erbracht; sie schließen das jeweilige Modul ab. Jedes Modul wird i. d. R. mit einer Prüfung abgeschlossen. In begründeten Ausnahmefällen können Modulprüfungen als Modulteilprüfungen abgelegt werden. Gegenstand der Modulprüfungen sind Inhalte bzw. Zielsetzungen der Lehrveranstaltungen des jeweiligen Moduls. Durch die Modulprüfung soll die Kandidatin oder der Kandidat nachweisen, dass sie bzw. er die Modulziele erreicht hat und insbesondere die im Modul vermittelten Inhalte und Methoden

in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht bzw. die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anwenden kann. Modulprüfungsleistungen können mündlich (§ 9), schriftlich (§ 10), in Form eines Portfolios (§ 11) oder durch weitere Prüfungsleistungen (§ 12) erbracht werden.

(2) In beiden Studiengängen sind alle genannten Prüfungsformen (vgl. §§ 9-12 und 24) präsent (für den Bachelorstudiengang vgl. Anhang 1; für den Masterstudiengang vgl. Anhang 2). Für die Teilnahme an Modulprüfungen ist eine fristgerechte und verbindliche Anmeldung über das elektronische Prüfungsverwaltungssystem erforderlich.

(3) Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung ist zur Wahrung ihrer Chancengleichheit ein angemessener Nachteilsausgleich zu gewähren. Macht eine Kandidatin oder ein Kandidat glaubhaft, dass sie oder er wegen länger andauernder oder ständiger Behinderung oder chronischer Erkrankung nicht in der Lage ist, die Prüfungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, muss der Prüfungsausschuss gestatten, für die Fortsetzung des Studiums notwendige Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in anderer Form zu erbringen. Dazu kann die Vorlage eines ärztlichen oder amtsärztlichen Attestes verlangt werden.

(4) weggefallen

§ 9 Mündliche Prüfungen

(1) Im Bachelorstudiengang sollen die Prüflinge in den mündlichen Prüfungen nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes innerhalb des Faches kennen, Fragestellungen problematisieren können sowie relevante forschungsmethodische Aspekte zu berücksichtigen wissen. Dies kann anhand von auf die Inhalte des Moduls bezogenen, eingegrenzten Themen geprüft werden. Im Masterstudiengang sollen die Prüflinge in den mündlichen Prüfungen nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes kennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge sachlich und forschungsmethodisch einzuordnen vermögen. Durch die mündlichen Prüfungen wird ferner festgestellt, ob die Prüflinge über ein dem Stand des Studiums entsprechendes Grundlagenwissen verfügen. Darüber hinaus können von den Prüflingen benannte, auf die Inhalte des Moduls bezogene, eingegrenzte Themen geprüft werden.

(2) Mündliche Prüfungen werden vor mindestens zwei Prüferinnen bzw. Prüfern (Kollegialprüfung) oder vor einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers abgelegt.

(3) Mündliche Prüfungen können als Einzel- oder als Gruppenprüfung mit höchstens vier Kandidatinnen bzw. Kandidaten durchgeführt werden. Die Prüfung dauert mindestens 20 Minuten und höchstens 40 Minuten pro Prüfling. Ergibt sich aus den Prüfungsfragen die Notwendigkeit, schriftliche oder graphische Darstellungen einzubeziehen, so sind diese Teil der mündlichen Prüfung.

(4) Über den Verlauf jeder mündlichen Prüfung ist eine Niederschrift anzufertigen. In der Niederschrift sind die Namen der Prüferinnen bzw. Prüfer, der bzw. des Protokollführenden sowie der Kandidatin oder des Kandidaten, Beginn und Ende der mündlichen Prüfung, die wesentlichen Gegenstände der mündlichen Prüfung, die Prüfungsleistungen und die erteilten Noten aufzunehmen. Die Niederschrift ist gemäß den gesetzlichen Bestimmungen durch das Hochschulprüfungsamt zu archivieren.

(5) Die Festlegung der Note erfolgt unmittelbar nach Beendigung der Prüfung unter Ausschluss der Öffentlichkeit durch die bzw. den Prüfer nach Anhörung der Beisitzerin oder des Beisitzers. Im Falle einer Kollegialprüfung hört die Prüferin oder der Prüfer die mitwirkende Prüferin oder den Prüfer. Das Ergebnis der einzelnen Prüfungen ist dem Prüfling im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben. Bei Nichtbestehen sind der Kandidatin bzw. dem Kandidaten die Gründe zu eröffnen. Eine Möglichkeit zur Wiederholungsprüfung ist innerhalb eines angemessenen Zeitraums vorzusehen.

(6) weggefallen

(7) Bei den mündlichen Prüfungen sind nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse Studierende als Zuhörerinnen oder Zuhörer zugelassen, die sich der gleichen Prüfung in einem späteren Semester unterziehen wollen, sofern der Prüfling nicht bei der Meldung zur Prüfung widerspricht. Die Prüferin oder der Prüfer entscheidet über solche Anträge nach Maßgabe der vorhandenen Plätze. Kandidatinnen und Kandidaten desselben Prüfungstermins sind als Zuhörerinnen bzw. Zuhörer ausgeschlossen. Auf Antrag Studierender kann die Gleichstellungsbeauftragte der Universität oder des Fachbereichs und auf Antrag Studierender mit Behinderung oder chronischer Erkrankung die oder der Beauftragte nach § 72 Abs. 4 HochSchG an mündlichen Prüfungen teilnehmen.

§ 10

Schriftliche Prüfungen (Klausur, e-Klausur, Hausarbeit)

(1) In Klausuren unter Aufsicht sollen die Prüflinge nachweisen, dass sie auf Basis des notwendigen Grundlagenwissens in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den gängigen Methoden des Faches Aufgaben lösen bzw. Themen bearbeiten können. Die Bearbeitungszeit beträgt mindestens 60 und höchstens 120 Minuten.

(2) Elektronisch gestützte Prüfungsleistungen („e-Klausuren“) sind zulässig, sofern sie dazu geeignet sind, den Nachweis gemäß § 8 Abs. 1 Satz 3 zu erbringen oder hierzu beizutragen; erforderlichenfalls können sie durch andere Prüfungsformen ergänzt werden. Multimedial gestützte Prüfungsaufgaben werden von zwei Prüferinnen oder Prüfern erarbeitet. Sie bestehen insbesondere in Freitextaufgaben, Lückentexten und Zuordnungsaufgaben. Vor der Durchführung multimedial gestützter Prüfungsleistungen haben die Prüfenden sicherzustellen, dass die elektronischen Daten eindeutig identifiziert sowie unverwechselbar und dauerhaft den Kandidatinnen bzw. Kandidaten zugeordnet werden können; der Nachweis ist gegenüber dem Prüfungsausschuss zu führen. Der störungsfreie Verlauf einer multimedial gestützten Prüfung ist durch einen technischen Support zu gewährleisten. Die Prüfung ist in Anwesenheit einer fachlich sachkundigen Person (Protokollführerin bzw. Protokollführer) durchzuführen. Über den Prüfungsverlauf ist eine Niederschrift anzufertigen, in die mindestens die Namen der Protokollführerin bzw. des Protokollführers sowie der Prüfungskandidatin bzw. des -kandidaten sowie Beginn und Ende der Prüfung und eventuelle besondere Vorkommnisse aufzunehmen sind. Den Kandidatinnen und Kandidaten ist die Möglichkeit der Einsichtnahme in die multimedial gestützte Prüfung sowie das von ihnen erzielte Ergebnis zu gewähren. Die Aufgabenstellung einschließlich einer Musterlösung, das Bewertungsschema, die einzelnen Prüfungsergebnisse sowie die Niederschrift sind gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zu archivieren.

(3) Über Hilfsmittel, die bei einer Klausur oder e-Klausur benutzt werden dürfen, entscheidet die Prüferin bzw. der Prüfer. Eine Liste der zugelassenen Hilfsmittel ist gleichzeitig mit der Ankündigung des Prüfungstermins bekannt zu geben.

(4) Mit einer schriftlichen Prüfung in Form einer Hausarbeit soll der Prüfling nachweisen, dass er in der Lage ist, eine Frage oder Aufgabenstellung, die in Zusammenhang zu den Inhalten eines Moduls steht, in einer vorgegebenen Zeit mit den zugrundeliegenden Methoden eigenständig zu bearbeiten. Für die Anfertigung der Hausarbeit stehen i. d. R. zwei bis vier Wochen zur Verfügung; die Prüfenden sind verpflichtet, die Themen so zu stellen, dass die von ihnen gesetzte Bearbeitungsfrist eingehalten werden kann. Nähere Einzelheiten werden von den Prüfenden bekannt gegeben. Bei der Hausarbeit hat der Prüfling an Eides statt zu versichern, dass sie selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden. Hausarbeiten müssen als Papierfassung und auf Wunsch der Prüferin bzw. des Prüfers zusätzlich in digitaler Version eingereicht werden. Die Archivierung erfolgt beim Hochschulprüfungsamt. Bei Vorliegen einer rechtssicheren digitalen Abgabe- und Archivierungsmöglichkeit kann mit Zustimmung der Prüfenden zugunsten einer digitalen Einreichung auf die Abgabe von Papierfassung und Speichermedium verzichtet werden.

(5) Hausarbeiten können als Einzel- oder Gruppenleistung erfolgen. Im Falle einer Gruppenleistung ist der Anteil jeder bzw. jedes Studierenden nachvollziehbar zu benennen bzw. kenntlich zu machen.

(6) Schriftliche Prüfungen werden in der Regel von der Prüferin bzw. dem Prüfer, der das Thema gestellt hat, bewertet. Im Falle der letzten Wiederholungsprüfung sind sie durch eine zweite Prüferin oder einen zweiten Prüfer zu bewerten. Bei einer Bewertung durch zwei Prüferinnen oder Prüfer errechnet sich die Note aus dem arithmetischen Mittel beider Bewertungen. § 13 Abs. 2 gilt entsprechend. Das Bewertungsverfahren soll vier Wochen nicht überschreiten.

(7) weggefallen

§ 11 Portfolio-Prüfungen

(1) Durch eine Portfolio-Prüfung soll der Prüfling nachweisen, dass er das im Rahmen des Moduls erworbene Wissen und Können unter einer bestimmten Fragestellung dokumentieren und reflektiert darstellen kann. Portfolio-Prüfungen können sowohl mündliche als auch schriftliche Anteile umfassen.

(2) Unter einer Prüfung in Form eines Portfolios ist das selbständige Verfassen, Auswählen und Zusammenstellen einer begrenzten Zahl von schriftlichen Dokumenten aus bzw. über die Veranstaltungen eines Studienmoduls zu verstehen. Ein Portfolio besteht mindestens aus einer Einleitung, einer strukturierten Sammlung von Dokumenten und einer Reflexion. Die Dokumente entstammen dabei der gesamten Zeit des Studiums im entsprechenden Modul. Für die Auswahl der Zusammenstellung und deren Bearbeitung sowie das Verfassen der Einleitung und der Reflexion stehen in der Regel zwei bis vier Wochen zur Verfügung. Der Prüfling hat an Eides statt zu versichern, dass alle Anteile des Portfolios selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden. Nähere Einzelheiten werden von der Prüferin bzw. dem Prüfer zu Beginn des Moduls bekannt gegeben.

(3) Prüfungsorganisatorische Regeln gemäß § 10 gelten analog.

§ 12 Weitere Prüfungsleistungen

(1) Weitere Prüfungsleistungen können u. a. im Rahmen von Projekten, Praktika, Werkstätten, Workshops erbracht werden. Die Prüfungen erfolgen in Form von Praktikumsberichten (Modul P 1), schriftlichen Projekt- bzw. Forschungsberichten (Module P 6, G 2 und V 5), Kolloquien (Module E 1, I 1 und I 2) sowie Dokumentationen (Modul P 3). Projekt- bzw. Forschungsberichte und Kolloquien können als Einzel- oder als Gruppenprüfung mit höchstens sechs Kandidatinnen bzw. Kandidaten durchgeführt werden. Die Leistungen müssen individuell zurechenbar sein. Bei schriftlichen Ausarbeitungen hat der Prüfling an Eides statt zu versichern, dass sie selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden.

(2) Das Praxismodul (Modul P 1) bietet zu Beginn des Bachelorstudiums einen Einblick in einschlägige Handlungsfelder und in die Berufspraxis; es ermöglicht den Bezug von Studieninhalten auf außeruniversitäre Wissens- und Handlungskontexte. Im Praktikumsbericht sind die im Praktikum gemachten Erfahrungen strukturiert auszuwerten und darzustellen. Dafür steht im Rahmen des Moduls insgesamt eine Bearbeitungszeit von zwei Wochen zur Verfügung. In Projekten (Module P 6 und V 5) werden exemplarisch alle Arbeitsschritte einer projektförmigen Auftragsbearbeitung durchlaufen. Sie schließen mit einem Projektbericht ab, der aus einer schriftlichen Darstellung und Reflexion mit Auswertung und Diskussion der Arbeitsergebnisse und einer mündlichen oder schriftlichen Präsentation besteht. Dafür steht im Rahmen des Moduls insgesamt eine Bearbeitungszeit von vier bis sechs Wochen zur Verfügung. Kolloquien schließen die Bachelor- bzw. Master-Module E 1, I 1 und I 2 ab, wobei die Reflexion der jeweiligen Modulinhalt im Zusammenhang mit dem Studienkontext insgesamt im Vordergrund steht. Bei Kolloquien handelt es sich i. d. R. um mündliche Gruppenprüfungen mit einem Zeitanteil von ca. 10 Minuten pro Teilnehmerin bzw. Teilnehmer.

Die Prüfung im Bachelor-Modul P 3 hat primär den Charakter einer schriftlichen Dokumentation, die relevante Dokumente der Teilnahme aus allen Modul-Veranstaltungen umfasst.

(3) weggefallen

(4) Für die Bewertung von weiteren Prüfungsleistungen gelten § 13 Abs. 1 und § 15 Abs. 4 entsprechend. Weitere Prüfungsleistungen können auch nur im Hinblick auf das Bestehen oder Nicht-Bestehen der Modulprüfung und das Anerkennen von Leistungspunkten bewertet werden. In letzterem Fall wird keine Note erteilt; die entsprechenden Module gehen nicht in die Gesamtnote der Masterprüfung ein; das Modul wird gemäß § 22 mit dem Faktor 0 gewichtet.

(5) Prüfungsorganisatorische Regeln gemäß § 9 und § 10 gelten analog.

(6) Für die organisatorische Einbindung der Praktika sowie eine entsprechende Beratung der Studierenden ist die „Koordinierungsstelle Universität – Praxis“ des Fachbereichs zuständig.

§ 13

Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfenden festgesetzt. Besteht eine Modulprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, so muss jede Prüfungsleistung bestanden sein. In diesem Fall errechnet sich die Note der Modulprüfung aus dem arithmetischen Mittel der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen, es sei denn im Anhang werden abweichende Regelungen getroffen. Für die Bewertung der Modulprüfungen und der Bachelor- bzw. Masterarbeit sind folgende Noten zu verwenden:

1,0; 1,3	=	sehr gut	eine hervorragende Leistung;
1,7; 2,0; 2,3	=	gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
2,7; 3,0; 3,3	=	befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
3,7; 4,0	=	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5,0	=	nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel nicht mehr den Anforderungen genügt.

(2) Die Gesamtnote der Bachelor- bzw. Masterprüfung wird gebildet aus dem arithmetischen Mittel der gemäß § 22 gewichteten Noten der Modulprüfungen. Die so ermittelte Gesamtnote lautet: Bei einem Notenwert

bis 1,5 einschließlich	=	sehr gut,
von 1,6 bis einschließlich 2,5	=	gut,
von 2,6 bis einschließlich 3,5	=	befriedigend,
von 3,6 bis einschließlich 4,0	=	ausreichend,
über 4,0	=	nicht ausreichend.

(3) Bei der Bildung von Gesamtnoten wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

§ 14

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Kandidatin oder ein Kandidat kann von einer Prüfung ohne Angabe von Gründen bis spätestens eine Woche vor dem Prüfungstermin zurücktreten. Der Rücktritt erfolgt über das elektronische Prüfungsverwaltungssystem durch Abmeldung von der Prüfung oder er wird dem Hochschulprüfungsamt in Textform mitgeteilt. Bei schriftlicher Mitteilung ist das Datum des Poststempels maßgebend. Ein Rücktritt nach Satz 1 ist nicht möglich, wenn im Falle eines Rücktritts Fristen nach dieser Prüfungsordnung nicht eingehalten werden können.

(2) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, wenn die Kandidatin oder der Kandidat nicht fristgerecht zurückgetreten ist oder zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn sie bzw. er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt oder wenn eine schriftliche Prüfungsleistung (§ 10, 11 und 12) nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(3) Die für den verspäteten Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so werden Versäumnis oder Rücktritt wie ein fristgerechter Rücktritt nach Absatz 1 gewertet. Bereits vorliegende Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen. Erfolgen Versäumnis oder Rücktritt erstmals wegen Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten, so muss die Prüfungsunfähigkeit durch ein ärztliches Attest nachgewiesen werden. Ab der zweiten Krankmeldung ist ein amtsärztliches Attest vorzulegen oder ein qualifiziertes Attest des behandelnden Arztes. Letzteres muss Angaben zur Dauer der Erkrankung, zu Terminen der ärztlichen Behandlung, zu Art und Umfang der Erkrankung unter Angabe der vom Arzt aufgrund eigener Wahrnehmung getroffenen Tatsachenfeststellung (Befundtatsachen) sowie zur Auswirkung der Erkrankung auf die Prüfung enthalten. Die Kandidatin oder der Kandidat muss das ärztliche Zeugnis unverzüglich beim Prüfungsausschuss vorlegen. Der Krankheit der Kandidatin bzw. des Kandidaten steht die Krankheit eines von ihr bzw. ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes oder pflegebedürftigen Angehörigen gleich. Werden die Gründe anerkannt, so ist nach deren Wegfall die Prüfung zum nächstmöglichen Prüfungstermin abzulegen.

(4) Versucht der Prüfling, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der oder dem jeweiligen Prüfenden oder Aufsichtführenden i. d. R. nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(5) Der Prüfling kann innerhalb von vier Wochen verlangen, dass die Entscheidungen nach Absatz 4 Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen sind dem Prüfling unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Dem Prüfling ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(6) Bei schriftlichen Prüfungsleistungen (außer bei Klausuren) hat die oder der Studierende bei der Abgabe der Arbeit eine schriftliche Erklärung vorzulegen, dass sie oder er die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Erweist sich eine solche Erklärung als unwahr oder liegt ein sonstiger Täuschungsversuch oder ein Ordnungsverstoß bei der Erbringung von Prüfungsleistungen vor, gelten die Absätze 4 und 5 entsprechend.

§ 15

Bestehen, Nichtbestehen und Wiederholung der Bachelorprüfung bzw. der Masterprüfung

(1) Die Bachelorprüfung bzw. die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle Modulprüfungen laut Anhang 1 und 2 bestanden wurden und die Bachelorarbeit bzw. die Masterarbeit mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde.

(2) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn sie mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde. Modulprüfungen müssen in allen Teilen, in denen sie nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, wiederholt werden. Es sind zwei Wiederholungen zulässig. Ist die erste Wiederholung einer schriftlichen Prüfung nicht bestanden, können Studierende im Einvernehmen mit den Prüfenden die zweite Wiederholung alternativ als mündliche Prüfung ablegen (vgl. § 9). Diese Prüfung ist grundsätzlich als Einzelprüfung abzuhalten und soll zwischen 30 und 45 Minuten dauern; sie ist zeitnah durchzuführen. Diese Variante ist ausgeschlossen, wenn die Kandidatin oder der Kandidat an der schriftlichen Prüfung zuvor nicht teilgenommen hat oder wenn die Bewertung „nicht ausreichend“ auf § 14 Abs. 4 (Täuschungsversuch) beruht.

(3) Nicht bestandene Prüfungsleistungen in demselben Studiengang an einer anderen Hochschule in Deutschland sind als Fehlversuche auf die zulässige Zahl der Wiederholungsprüfungen anzurechnen. Als Fehlversuche anzurechnen sind ferner nicht bestandene Prüfungsleistungen in Modulen oder Prüfungsgebieten eines anderen Studienganges an einer Hochschule in Deutschland, die denen im jeweiligen Studiengang im Wesentlichen entsprechen, soweit für deren Bestehen gleichwertige oder geringere Anforderungen gestellt wurden.

(4) Die Wiederholung einer bestandenen Prüfung ist ausgeschlossen.

(5) Die erste und zweite Wiederholung einer Modulprüfung ist innerhalb von vier Semestern abzulegen. Werden Fristen für die Wiederholung von Prüfungen versäumt, gelten die versäumten Prüfungen als nicht bestanden. § 16 (Einhaltung von Fristen) ist anzuwenden.

(6) Hat die Kandidatin oder der Kandidat einzelne Modulprüfungen in der zweiten Wiederholung und damit endgültig nicht bestanden oder gelten sie als nicht bestanden, so hat sie bzw. er den Prüfungsanspruch für den von ihr oder ihm gewählten Studiengang (im Sinne des § 68 Abs. 1 Nr. 3 HochSchG) verloren. Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses erteilt der Kandidatin oder dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung.

(7) Für die Wiederholung der Bachelorarbeit und der Masterarbeit gilt § 24 Abs. 12.

§ 16 Einhaltung von Fristen

Bei der Ermittlung der Studienzeiten, die für die Berechnung der in dieser Prüfungsordnung aufgeführten Fristen maßgeblich sind, werden Verlängerungen und Unterbrechungen der Studienzeiten nicht angerechnet, soweit sie bedingt waren

1. durch die Mitwirkung in gesetzlich oder satzungsgemäß vorgesehenen Gremien einer Hochschule, einer Studierendenschaft oder eines Studierendenwerkes,
2. durch Krankheit, eine Behinderung oder chronische Erkrankung oder andere von den Studierenden nicht zu vertretende Gründe
3. durch Schwangerschaft oder Erziehung eines Kindes; in diesen Fällen ist mindestens die Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen und der Fristen der Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Erziehungszeitgesetz zu ermöglichen,
4. durch die Betreuung einer oder eines pflegebedürftigen Angehörigen oder
5. durch ein ordnungsgemäßes einschlägiges Auslandsstudium von bis zu zwei Semestern.

Die Nachweise obliegen den Studierenden.

§ 17 Zeugnis, Diploma Supplement

(1) Hat eine Kandidatin oder ein Kandidat die Bachelorprüfung oder die Masterprüfung bestanden, so erhält sie oder er über die Ergebnisse unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen nach der letzten bestandenen Prüfungsleistung ein Zeugnis. Das Zeugnis enthält die Noten der Modulprüfungen, die Note der Bachelorarbeit bzw. der Masterarbeit und die Gesamtnote sowie die erworbenen Leistungspunkte. Ferner enthält das Zeugnis das Thema der Bachelor- bzw. Masterarbeit und die Angabe der gewählten Schwerpunkte im Bachelorstudium sowie – auf Antrag der Kandidatinnen und Kandidaten – die bis zum Abschluss der Bachelorprüfung bzw. der Masterprüfung benötigte Fachstudiendauer. Werden Modulprüfungen an einer anderen Hochschule abgelegt und anerkannt, wird der Name der Hochschule, an der die Modulprüfungen abgelegt wurden, im Zeugnis genannt. Wurden freiwillig zusätzliche Module absolviert, können diese auf Antrag der Kandidatinnen und Kandidaten in das Zeugnis eingetragen werden; sie werden jedoch nicht auf die Gesamtnote angerechnet.

(2) Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist. Das Zeugnis ist vom vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und mit dem Siegel des Landes zu versehen.

(3) Der Prüfungsausschuss stellt ein Diploma Supplement (DS) in deutscher und englischer Sprache den jeweils aktuellen nationalen bzw. internationalen Standards entsprechend aus. Als Darstellung des nationalen Bildungssystems (DS-Abschnitt 8) ist der zwischen KMK und HRK abgestimmte Text in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden. Das Diploma Supplement enthält insbesondere Angaben über die Hochschule, die Art des Abschlusses, das Studienprogramm, die Zugangsvoraussetzungen, die Studienanforderungen und den Studienverlauf sowie über das deutsche Studiensystem. Des Weiteren enthält es die ECTS-Einstufungstabelle, in der die Prozentzahl der Studierenden pro lokaler Note innerhalb der Vergleichsgruppe des Studiengangs ausgewiesen wird. Zusätzlich zur Ausstellung des Diploma Supplements werden den Kandidaten vom Prüfungsausschuss auf Antrag Übersetzungen der Bachelor- bzw. Masterurkunde in englischer Sprache ausgehändigt.

(4) Studierende, die die Universität ohne Abschluss verlassen oder ihr Studium an der Universität in einem anderen Studiengang fortsetzen, erhalten auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise eine zusammenfassende Bescheinigung über erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen. Der Antrag ist schriftlich unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen an den Prüfungsausschuss zu richten.

§ 18

Bachelorurkunde / Masterurkunde

(1) Nach bestandener Bachelorprüfung bzw. Masterprüfung wird der Kandidatin bzw. dem Kandidaten gleichzeitig mit dem Zeugnis eine Bachelorurkunde bzw. Masterurkunde ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades „Bachelor of Arts“ (B.A.) bzw. „Master of Arts (M.A.)“ beurkundet. Auf der Bachelorurkunde werden auch die nach § 22 Abs. 2 gewählten Studienschwerpunkte angegeben. Auf Antrag Studierender kann dem akademischen Grad auch die deutsche Bezeichnung hinzugefügt werden.

(2) Die Urkunde trägt das Datum des Zeugnisses. Sie wird von der Dekanin oder dem Dekan des Fachbereiches unterzeichnet und mit dem Siegel des Landes versehen.

§ 19

Einsichtsrecht in Prüfungsakten

(1) Während des ganzen Studiums können sich die Studierenden über Ergebnisse (Noten) ihrer Studien- und Prüfungsleistungen beim Hochschulprüfungsamt informieren.

(2) Den Studierenden wird auf Antrag Einsicht in ihre Prüfungsakten einschließlich der Gutachten zur Bachelor- bzw. Masterarbeit und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

(3) Der Antrag auf Einsicht in alle dem Hochschulprüfungsamt vorliegenden Prüfungsakten ist nach dem Ablegen einer Prüfungsleistung beim Hochschulprüfungsamt zu stellen. Das Hochschulprüfungsamt bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

(4) Unterlagen über Studien- und Prüfungsleistungen (mit Ausnahme der Bachelor- und der Masterarbeit) werden zwei Jahre nach Abschluss der letzten Prüfungsleistung (Datum des Zeugnisses) aufbewahrt und können nach dieser Frist den Absolventinnen und Absolventen ausgehändigt werden. Werden die Unterlagen über Studien- und Prüfungsleistungen nicht innerhalb von 6 Monaten nach Ablauf der 2-Jahresfrist beim zuständigen Hochschulprüfungsamt abgeholt, werden die Unterlagen vernichtet. Die Bestimmungen zur Archivierung von Zeugnissen, Urkunden und Diploma Supplements bleiben hiervon unberührt.

§ 20

Prüfungsausschuss / Prüfungsverwaltung

(1) Für das Prüfungswesen setzt der Fachbereichsrat einen Prüfungsausschuss ein.

(2) Dem Prüfungsausschuss gehören die Dekanin bzw. der Dekan des Fachbereichs Bildungswissenschaften als vorsitzendes Mitglied, drei Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer und ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden und je ein Mitglied aus der Gruppe der

akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung an. Die Mitglieder und deren stellvertretenden Mitglieder werden vom Rat des Fachbereichs bestellt. Die Amtszeit des studentischen Mitglieds beträgt ein Jahr, die der sonstigen Mitglieder drei Jahre. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses wählen eine Hochschullehrende bzw. einen Hochschullehrenden als Stellvertreterin bzw. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds. Im Falle der Stimmgleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitglieds den Ausschlag. Bei Abstimmungen über Prüfungsleistungen ist § 24 Abs. 2 HochSchG anzuwenden. Das vorsitzende Mitglied führt im Regelfall die Geschäfte des Prüfungsausschusses.

(3) Der Fachbereichsrat kann auf Vorschlag des Prüfungsausschusses Modulbeauftragte oder geeignete Amtsvertreterinnen bzw. -vertreter mit der Wahrnehmung einzelner Aufgaben, insbesondere der Organisation von Modulprüfungen beauftragen.

(4) Soweit nichts anderes bestimmt ist, ist der Prüfungsausschuss für alle Entscheidungen zuständig, die aufgrund dieser Ordnung zu treffen sind. Der Prüfungsausschuss achtet auf die Einhaltung der Bestimmungen der Prüfungsordnung. Er berichtet regelmäßig dem Fachbereich im Rahmen des Qualitätsmanagements über relevante Indikatoren. Der Bericht ist in geeigneter Weise durch den Fachbereich offen zu legen. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung.

(5) Die Organisation und Dokumentation der Veranstaltungsteilnahme sowie die Prüfungsverwaltung erfolgen über das elektronische Prüfungsverwaltungssystem.

(6) Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung von Aufgaben der oder dem Vorsitzenden übertragen. Die oder der Vorsitzende ist befugt, in unaufschiebbaren Angelegenheiten Entscheidungen und Maßnahmen anstelle des Prüfungsausschusses zu treffen; hiervon ist der Prüfungsausschuss unverzüglich zu unterrichten.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, allen Modulprüfungen beizuwohnen. Das Recht erstreckt sich nicht auf Beratung und Bekanntgabe der Noten.

(8) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn das vorsitzende oder das stellvertretende Mitglied und die Mehrheit der Mitglieder anwesend sind und die Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer über die Mehrheit der Stimmen verfügen. Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch das vorsitzende Mitglied zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 21

Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer

(1) Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses ist für die Bestellung von Prüferinnen und Prüfern zuständig, sofern der Prüfungsausschuss nichts anderes beschließt. Wenn das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses keine Prüfenden bestellt, gelten für Modulprüfungen diejenigen als zu Prüfenden bestellt, die im jeweiligen Modul eine der Lehrveranstaltungen im Sinne von § 48 Abs. 1 Satz 1 oder § 56 Abs. 1 Satz 4 HochSchG selbstständig durchgeführt haben. Für die Bestellung der Gutachterinnen bzw. Gutachter und der Zweitgutachterinnen bzw. -gutachter, die die Bachelor- bzw. die Masterarbeit betreuen und bewerten, gilt Satz 1.

(2) Prüfende sind die das jeweilige Fachgebiet vertretenden Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Professorinnen und Professoren im Ruhestand, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren, Habilitierte, Juniorprofessorinnen und -professoren, wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Aufgaben gemäß § 56 Abs. 1 Satz 2 HochSchG sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben. Lehrbeauftragte können vom Prüfungsausschuss zu Prüfenden bestellt werden; sie müssen in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfungsleistung bezieht, eine Lehrtätigkeit an einer Hochschule ausüben oder ausgeübt haben. Ferner können in besonderen Fällen in der beruflichen Praxis erfahrene Personen zu Prüfenden bestellt werden, wenn sie in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfungsleistung bezieht, über nachgewiesene einschlägige berufspraktische Erfahrungen verfügen.

(3) Findet eine mündliche Modulprüfung vor nur einer Prüferin oder einem Prüfer statt, so hat diese bzw. dieser mit Zustimmung des Prüfungsausschusses eine Beisitzerin bzw. einen Beisitzer zu bestellen (§ 9 Abs. 2 Satz 1). Die Beisitzerin oder der Beisitzer muss mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. Beisitzende müssen keine Prüfenden im Sinne des Absatzes 3 sein. Sie oder er führt die Niederschrift bei mündlichen Prüfungen und kann mit der Vorkorrektur schriftlicher Prüfungsleistungen beauftragt werden.

(4) Für Prüferinnen bzw. Prüfer und Beisitzende gilt § 20 Abs. 8 Satz 3 und 4 entsprechend.

(5) weggefallen

§ 22

Bestandteile der Bachelor- und der Masterprüfung

(1) Bestandteil der Bachelorprüfung sind die Modulabschlussprüfungen aller in Anhang 1 ausgewiesenen Module mit folgender Gewichtung zur Ermittlung der Gesamtnote:

<u>BEREICH</u>	<u>Modul</u>	<u>Gewichtung im Rahmen der Endnote</u>
<u>BASIS</u> (23 Leistungspunkte)	<u>B 1: Grundlagen der Pädagogik</u>	<u>10%</u>
	<u>B 2: Erziehung und Bildung in historischer, systematischer und vergleichender Sicht</u>	<u>10%</u>
<u>PROFIL</u> (128 Lp)	<u>P 1: Pädagogische Feldexploration und -reflexion mit Praktikum</u>	<u>5%</u>
	<u>P 2: Einführung in die Systematik der Erziehungswissenschaft und das wissenschaftliche Arbeiten</u>	<u>5%</u>
	<u>P 3: Offener Wahlpflichtbereich zur ergänzenden Profilbildung</u>	<u>0%</u>
	<u>P 4 (A-D) I: erster Schwerpunkt (Wahlpflicht)</u>	<u>5%</u>
	<u>P 4 (A-D) II: erster Schwerpunkt (Wahlpflicht)</u>	<u>5%</u>
	<u>P 4 (A-D) I: zweiter Schwerpunkt (Wahlpflicht)</u>	<u>5%</u>
	<u>P 4 (A-D) II: zweiter Schwerpunkt (Wahlpflicht)</u>	<u>5%</u>
	<u>P 5: Forschungsmethoden</u>	<u>5%</u>
	<u>P 6: Integriertes Projektpraktikum</u>	<u>10%</u>
<u>P 7: B.A.-Abschlussarbeit (Thesis)</u>	<u>15%</u>	
<u>REFERENZ</u> (22 Lp)	<u>R 1: Grundlagen der Psychologie</u>	<u>10%</u>
	<u>R 2: Grundlagen der Soziologie</u>	<u>10%</u>
<u>ENTWICKLUNG</u> (7 Lp)	<u>E 1: Studienorientierung und tutorielle Praxis</u>	<u>0%</u>

(2) Im Rahmen des Bachelorstudiengangs wählen die Studierenden zwei Studienschwerpunkte innerhalb des Profilsbereichs in Modul P 4 aus.

(3) Mit Antrag an den Prüfungsausschuss können die Studierenden einmal die gewählten Studienschwerpunkte wechseln. Über die Anerkennung bereits erworbener Leistungspunkte im ursprünglichen Schwerpunkt entscheidet im Einzelfall der Prüfungsausschuss.

(4) weggefallen

(5) weggefallen

(6) Bestandteil der Masterprüfung sind die Modulabschlussprüfungen aller in Anhang 2 ausgewiesenen Module mit folgender Gewichtung zur Ermittlung der Gesamtnote.

<u>BEREICH</u>	<u>Modul</u>	<u>Gewichtung im Rahmen der Endnote</u>
<u>GRUNDLAGEN</u> (21 Leistungspunkte)	<u>G 1: Forschung rezipieren und reflektieren</u>	<u>5%</u>
	<u>G 2: Forschung planen und durchführen</u>	<u>15%</u>
<u>VERTIEFUNG</u> (57 Lp)	<u>V1: Wissensbasierte Gestaltung von Bildung und Förderung</u>	<u>10%</u>
	<u>V 2: Reflexion von Strukturen und Prozessen der Bildung und Förderung</u>	<u>10%</u>
	<u>V 3: Organisation und Steuerung anhand exemplarischer Felder</u>	<u>10%</u>
	<u>V 4: Qualitäts- und Organisationsentwicklung</u>	<u>10%</u>
	<u>V 5: integratives Forschungs- oder Entwicklungsprojekt</u>	<u>15%</u>
<u>INTEGRATION</u> (17 Lp)	<u>I 1: Integration bisheriger Berufs- und Felderfahrung</u>	<u>0%</u>
	<u>I 2: Reflexion und berufsvorbereitende Entwicklung des Studienprofils</u>	<u>0%</u>
<u>ABSCHLUSS</u> (24+1 Lp)	<u>A 1: M.A.-Abschlussarbeit</u>	<u>25%</u>

§ 23

Meldung und Zulassung zur Bachelorprüfung bzw. zur Masterprüfung

(1) Der Antrag auf Zulassung zur Bachelorprüfung bzw. zur Masterprüfung erfolgt zusammen mit der Meldung zur ersten Modulprüfung im elektronischen Prüfungsverwaltungssystem; § 8 Abs. 2 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.

(2) An einer Prüfung im Rahmen der Bachelor- bzw. Masterprüfung kann nur teilnehmen, wer zum Zeitpunkt der Prüfungsleistung ordnungsgemäß in dem Bachelorstudiengang bzw. dem Masterstudiengang an der Universität Koblenz eingeschrieben und nicht beurlaubt ist sowie seinen Prüfungsanspruch noch nicht verloren hat; § 67 Abs. 5 HochSchG (Frühstudierende) bleibt unberührt.

(3) Der Antrag auf Zulassung gemäß Abs. 1 beinhaltet: 1. eine Erklärung darüber, ob die Kandidatin oder der Kandidat bereits eine Bachelorprüfung oder Masterprüfung in dem-

selben Bachelorstudiengang oder Masterstudiengang an einer Hochschule in Deutschland endgültig nicht bestanden hat oder ob sie oder er sich in einem nicht abgeschlossenen Prüfungsverfahren an einer Hochschule in Deutschland befindet,

2. eine Erklärung darüber, ob und ggf. wie oft die Kandidatin oder der Kandidat bereits Prüfungsleistungen in demselben Bachelorstudiengang oder Masterstudiengang oder in anderen Studiengängen an einer Hochschule in Deutschland nicht bestanden hat.

In der Erklärung gemäß Nummer 2 hat die Kandidatin oder der Kandidat zu versichern, dass sie oder er im Falle eines gleichzeitigen Studiums in einem anderen Studiengang dem Prüfungsausschuss den Beginn und den Abschluss des Prüfungsverfahrens sowie das Nichtbestehen von Prüfungen und Leistungsüberprüfungen in diesem anderen Studiengang unverzüglich schriftlich mitteilen wird.

(4) Die Zulassung zur Bachelorprüfung oder Masterprüfung wird abgelehnt, wenn

1. der Antrag auf Zulassung nicht fristgemäß vorgelegt wurde,
2. die Unterlagen gemäß Absatz 3 unvollständig sind,
3. die Kandidatin oder der Kandidat nicht im jeweiligen Bachelorstudiengang oder Masterstudiengang eingeschrieben ist,
4. die Kandidatin oder der Kandidat eine Bachelorprüfung oder die Masterprüfung in einem artverwandten Studiengang an einer Hochschule in Deutschland endgültig nicht bestanden hat, wobei die Artverwandtschaft von Studiengängen entsprechend § 4 zu beurteilen ist, oder
5. die Kandidatin oder der Kandidat wegen der Anrechnung von Fehlversuchen gemäß § 15 Abs. 3 keine Möglichkeit mehr zur Erbringung von Prüfungsleistungen hat, die für das Bestehen der Bachelorprüfung oder der Masterprüfung erforderlich sind.

Die Zulassung zur Bachelor- bzw. Masterprüfung kann abgelehnt werden, wenn sich die Kandidatin oder der Kandidat an einer Hochschule in Deutschland in einem noch nicht abgeschlossenen Prüfungsverfahren befindet.

§ 24

Bachelorarbeit / Masterarbeit

(1) Die Bachelorarbeit und die Masterarbeit sind schriftliche Prüfungsleistungen. Die Bachelorarbeit soll zeigen, dass die Kandidatin oder der Kandidat in der Lage ist, innerhalb von einer Bearbeitungsfrist von zwölf Wochen ein erziehungswissenschaftliches Problem aus dem Studiengang selbstständig mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. Die Masterarbeit soll zeigen, dass die Kandidatin oder der Kandidat in der Lage ist, innerhalb von einer Bearbeitungsfrist von vierundzwanzig Wochen ein komplexeres bildungswissenschaftliches Problem einzugrenzen, es fachlich einzuordnen und selbstständig mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.

(2) Die Bachelorarbeit und die Masterarbeit kann von jeder bzw. jedem in der Forschung und Lehre des Fachbereichs 1 Bildungswissenschaften tätigen Professorin bzw. Professor, Privatdozentin bzw. Privatdozenten oder promovierten Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter betreut werden. Bei der Wahl eines übergreifenden Themas kann eine Prüferin bzw. ein Prüfer aus einem anderen Fach oder von einer anderen Hochschule benannt werden. Darüber hinaus können die Arbeiten von jeder bzw. jedem nach § 21 anerkannten Prüferin oder Prüfer des Fachbereichs 1 Bildungswissenschaften betreut werden. In diesen beiden Fällen muss als Zweitgutachterin oder -gutachter eine Person gemäß Satz 1 bestimmt werden. Das Thema der Bachelorarbeit und der Masterarbeit soll zwischen Gutachterinnen bzw. Gutachtern und Zweitgutachterinnen bzw. -gutachtern abgestimmt werden.

(3) Der Prüfling kann nach erfolgreicher Ablegung der Modulprüfungen B 1, P 1, 2, 4 und 5 sowie R 1 und 2 im Bachelorstudiengang und der Module G 1 und 2, V 1 bis 4 und I 1 im Masterstudiengang mit der Gutachterin bzw. dem Gutachter und der Zweitgutachterin bzw. dem -gutachter die Ausgabe eines Themas für die Bachelor- bzw. Masterarbeit vereinbaren.

Themenvorschläge des Prüflings sollen berücksichtigt werden. Die Gutachterin bzw. der Gutachter teilt das Thema unverzüglich dem Hochschulprüfungsamt mit.

(4) Das Hochschulprüfungsamt bestätigt der Kandidatin bzw. dem Kandidaten das Thema und nennt die Gutachtenden (Themenvergabe). Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen (Beginn der Dreimonats- bzw. Sechsmonatsfrist).

(5) Die Zeit von der Vergabe des Themas der Bachelorarbeit bzw. der Masterarbeit bis zur Einreichung darf drei bzw. sechs Monate nicht überschreiten. In Ausnahmefällen kann auf begründeten Antrag die Frist durch das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses um drei Monate verlängert werden.

(6) Das Thema muss in einem inhaltlichen Zusammenhang zum Studiengang stehen und ist von der Gutachterin bzw. dem Gutachter so zu begrenzen, dass die Arbeit innerhalb des Bearbeitungszeitraums erstellt werden kann. Das Thema kann nur einmal und innerhalb der ersten zwei Wochen der Bearbeitungszeit bei Bachelorarbeiten und sechs Wochen der Bearbeitungszeit bei Masterarbeiten zurückgegeben werden. In diesem Falle hat die Ausgabe des neuen Themas innerhalb von einer bzw. vier Wochen zu erfolgen; die Bearbeitungszeit beginnt neu.

(7) weggefallen

(8) Die Bachelor- bzw. Masterarbeit kann in deutscher oder mit Zustimmung der Gutachterin oder des Gutachters in einer Fremdsprache angefertigt werden. Die Sprachwahl ist bei der Anmeldung zur Arbeit anzugeben. Bei Abfassung der Arbeit in einer Fremdsprache ist der Arbeit eine Zusammenfassung in deutscher Sprache beizufügen.

(9) Die Bachelor- bzw. Masterarbeit kann nach Entscheidung der Gutachterin bzw. des Gutachters in Form einer Gruppenarbeit angefertigt werden. Der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Kandidaten muss auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien als individuelle Prüfungsleistung deutlich abgrenzbar und für sich bewertbar sein sowie den Anforderungen nach Absatz 1 entsprechen.

(10) Die Bachelor- bzw. Masterarbeit ist in maschinenschriftlicher und gebundener Form in zweifacher Ausfertigung beim Hochschulprüfungsamt einzureichen; den beiden Exemplaren für die Gutachtenden ist eine digitale Fassung der Arbeit auf einem entsprechenden Speichermedium beizufügen. Die Regelungen der Ordnung zur Regelung der elektronischen Kommunikation für die Abgabe von Abschlussarbeiten vom 23. März 2023 in der jeweils gültigen Fassung bleiben unberührt und haben Anwendungsvorrang. Diese Regelungen betreffen auch die Anmeldung zur Bachelor- oder Masterarbeit und alle damit im Zusammenhang stehenden Erklärungen und Schriftstücke. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Bei Abgabe der Arbeit hat die Kandidatin oder der Kandidat schriftlich an Eides statt zu versichern, dass sie oder er die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Anschließend ist die Arbeit den Gutachtenden und Zweitgutachtenden zur Beurteilung weiterzugeben. Wird die Arbeit nicht fristgemäß abgeliefert, so gilt sie als nicht bestanden (5,0).

(11) Die Bachelor- bzw. Masterarbeit wird durch schriftliche Gutachten der beiden Gutachtenden bewertet. Zur Beurteilung der Bachelor- bzw. Masterarbeit sind die in § 13 Abs. 1 angegebenen Noten zu verwenden. Das Bewertungsverfahren soll acht Wochen nicht überschreiten. Geht die Bewertung in den Gutachten um bis zu einer vollen Notenstufe ($< 1,0$) auseinander, sind die Gutachtenden zunächst gehalten, sich auf eine Note zu einigen; ansonsten wird als Note das arithmetische Mittel der beiden Einzelbewertungen festgesetzt; für die Berechnung der Note gilt § 13 Abs. 2 entsprechend. Geht die Bewertung der Bachelor- bzw. Masterarbeit durch die beiden Gutachtenden um mehr als eine volle Notenstufe ($> 1,0$) auseinander, so wird, wenn sich die beiden Gutachtenden nicht einigen können, durch den Prüfungsausschuss ein drittes Gutachten eingeholt. Bewertet eine der Gutachtenden die Arbeit mit „nicht ausreichend“, wird ebenfalls ein drittes Gutachten eingeholt. Auf der Basis der in den Gutachten erfolgten Bewertungen legt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Note der Bachelorarbeit fest. Die Entscheidung ist zu begründen. Das Bewertungsverfahren soll acht Wochen nicht überschreiten.

(12) Eine mit „nicht ausreichend“ beurteilte oder als nicht bestanden geltende Bachelor- bzw. Masterarbeit kann mit Ausgabe eines neuen Themas einmal wiederholt werden. Das Thema der Bachelor- bzw. Masterarbeit muss spätestens innerhalb von sechs Wochen nach Mitteilung über das Nichtbestehen der Bachelor- bzw. Masterarbeit ausgegeben werden. Das Verfahren nach Absatz 3 und 4 ist erneut anzuwenden; von der Möglichkeit der Themenrückgabe nach Absatz 6 kann aber nur einmal Gebrauch gemacht werden. Eine zweite Wiederholung der Bachelor- oder der Masterarbeit ist ausgeschlossen.

§ 25

Ungültigkeit der Bachelorprüfung bzw. der Masterprüfung

(1) Hat die Kandidatin oder der Kandidat bei einer Studien- oder Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Studien- oder Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin oder der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären. Die Prüferinnen bzw. Prüfer werden vorher gehört.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin oder der Kandidat hierüber hinwegtäuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht bewirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes.

(3) Der Kandidatin bzw. dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis, das Diploma Supplement und gegebenenfalls der entsprechende Studiennachweis sind einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Mit diesen Dokumenten sind auch die Bachelorurkunde bzw. die Masterurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschungshandlung für „nicht bestanden“ erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 26

In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Universität Koblenz-Landau in Kraft.

Koblenz, den 03. Mai 2011

Der Dekan des Fachbereichs 1:
Bildungswissenschaften
Prof. Dr. Norbert Neumann

**Anhang 1: Modulübersicht zum Bachelorstudiengang
zu §§ 5 Abs. 4, 8 Abs. 2, 13 Abs. 2, 15 Abs. 1 und 2 und 22 Abs. 1**

Bereiche	Module		LP ¹	SWS ²	Modulprüfungen ³ (Art und Dauer)
Basis	B 1	Grundlagen der Pädagogik	12	7	Schriftliche Prüfung: Hausarbeit (Bearbeitungszeit: 2 Wochen)
	B 2	Erziehung und Bildung in historischer, systematischer und vergleichender Sicht	11	6	Mündliche Prüfung als Einzelprüfung (Prüfungsdauer: 30 Minuten)
Profil	P 1	Pädagogische Feldexploration und -reflexion (mit Praktikum)	15	4	Schriftliche Prüfung: Praktikumsbericht (Bearbeitungszeit: 2 Wochen) – vgl. § 12
	P 2	Einführung in die Systematik der Erziehungswissenschaft und das wissenschaftliche Arbeiten	7	6	Schriftliche Prüfung: Präsenz- oder e-Klausur (Prüfungsdauer: 120 Minuten)
	P 3	Offener Wahlpflichtbereich zur ergänzenden Profilbildung	13	ca. 11	Schriftliche Prüfung: Dokumentation (Bearbeitungszeit: 1 Woche) – vgl. § 12

¹ LP = Leistungspunkte im Sinne des ECTS

² SWS = Semesterwochenstunden des Kontaktstudiums

³ Sollten in dieser Spalte unterschiedliche Prüfungsarten genannt werden, dann wird die Prüfungsart jeweils zu Beginn des Moduls bekanntgegeben und gilt für die gesamte Kohorte.

Schwerpunkte im Profilbereich zur Wahl des 1. und 2. Wahlpflichtfachs	P 4 (A)	Bildung, Beratung und Management im Kontext der Erwachsenenpädagogik I	15 oder 9 ⁴	10 oder 6	Schriftliche Prüfung: Portfolio (Bearbeitungszeit: 2 Wochen)
		Bildung, Beratung und Management im Kontext der Erwachsenenpädagogik II	14 oder 11	11 oder 9	Mündliche Prüfung als Einzel- oder Gruppenprüfung (Prüfungsdauer: 25 Minuten/Teiln.)
	P 4 (B)	Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt Kinder, Jugendliche und Familien I	15 oder 9	10 oder 6	Schriftliche Prüfung: Präsenz-Klausur (Prüfungsdauer: 120 Minuten)
		Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt Kinder, Jugendliche und Familien II	14 oder 11	10 oder 8	Schriftliche Prüfung: Portfolio (Bearbeitungszeit: 2 Wochen)
	P 4 (C)	Migration und Heterogenität im Kontext der Pädagogik I	15 oder 9	10 oder 6	Mündliche Prüfung als Einzelprüfung (Prüfungsdauer: 25 Minuten)
		Migration und Heterogenität im Kontext der Pädagogik II	14 oder 11	10 oder 8	Schriftliche Prüfung: Portfolio (Bearbeitungszeit: 2 Wochen)
	P 4 (D)	Inklusion und Partizipation im Kontext der Pädagogik I	15 oder 9	10 oder 6	Mündliche Prüfung als Einzel- oder Gruppenprüfung (Prüfungsdauer: 25 Minuten/Teiln.)
		Inklusion und Partizipation im Kontext der Pädagogik II	14 oder 11	11 oder 9	Schriftliche Prüfung: Portfolio (Bearbeitungszeit: 2 Wochen)

⁴ Innerhalb der Schwerpunkte im Profil-Bereich sind ein 1. und ein 2. Wahlpflichtfach (WPF) zu belegen. Hierbei stehen die vier Varianten A. bis D. zur vertiefenden Profilbildung zur Wahl. Die einzelnen Wahlpflicht-Schwerpunkte A. bis D. umfassen jeweils zwei Module (P 4 A Nr. I und P 4 A Nr. II, P 4 B Nr. I und P 4 B Nr. II etc.). Je nach Wahl als 1. oder 2. Wahlpflichtfach variiert der Umfang der Module in Bezug auf die Leistungspunkte und die Semesterwochenstunden, da die Einführungen zu Beginn sowie die abschließende Vorlesung „Pädagogische Professionalität“ jeweils nur einmal zu belegen sind und dabei dem 1. Wahlpflichtfach zugerechnet werden (vgl. die Erläuterungen zu den Schwerpunkten im Modulhandbuch).

Profil	P 5	Forschungsmethoden	14	9	Zwei schriftliche Modulteilprüfungen: a. Präsenz- oder e-Klausur (Prüfungsdauer: 90 Minuten) oder Hausarbeit (Bearbeitungszeit: 2 Wochen) b. Präsenz- oder e-Klausur (Prüfungsdauer: 90 Minuten)
	P 6	Integriertes Praxisprojekt (mit Praktikum)	15	5	Schriftliche Prüfung: Projektbericht (Bearbeitungszeit: 4 Wochen) – vgl. § 12
	P 7	Abschlussarbeit ⁵	15	2	Bachelorarbeit – vgl. § 24
Referenz	R 1	Grundlagen der Psychologie	11	6	Schriftliche Prüfung: Hausarbeit oder Portfolio (Bearbeitungszeit: je 2 Wochen)
	R 2	Grundlagen der Soziologie	11	6	Schriftliche Prüfung: Präsenz- oder e-Klausur (Prüfungsdauer: 90 Minuten)
Entwicklung	E 1	Studienorientierung und tutorielle Praxis	7	5	Mündliche Prüfung: Kolloquium als Gruppenprüfung (10 Minuten/Teiln.) – vgl. § 12

⁵Teilnahmevoraussetzungen:

Für P 7 ist der erfolgreiche Abschluss der Module B 1, P 1, 2, 4 und 5 sowie R 1 und 2 Bedingung, da die Kompetenzen aus diesen Modulen für die Erstellung der Abschlussarbeit Voraussetzung sind.

**Anhang 2: Modulübersicht zum Masterstudiengang
zu §§ 5 Abs. 4, 8 Abs. 2, 13 Abs. 2, 15 Abs. 1 und 2 und 22 Abs. 6**

Bereiche	Module		LP⁶	SWS⁷	Modulprüfungen (Art und Dauer)
Grundlagen	G 1	Forschung rezipieren und reflektieren	7	4	Mündliche Prüfung als Einzelprüfung (Prüfungsdauer: 30 Minuten)
	G 2	Forschung planen und durchführen	14	8	Schriftliche Prüfung: Forschungsbericht (Bearbeitungszeit: 2 Wochen) – vgl. § 12
Vertiefung	V 1	Wissensbasierte Gestaltung von Bildung und Förderung	12	6	Schriftliche Prüfung: Hausarbeit (Bearbeitungszeit: 2 Wochen)
	V 2	Reflexion von Strukturen und Prozessen der Bildung und Förderung	10	6	Mündliche Prüfung als Einzelprüfung (Prüfungsdauer: 30 Minuten)
	V 3	Organisation und Steuerung anhand exemplarischer Felder	12	6	Schriftliche Prüfung: Portfolio (Bearbeitungszeit: 2 Wochen)
	V 4	Qualitäts- und Organisationsentwicklung	9	6	Schriftliche Prüfung: Portfolio (Bearbeitungszeit: 2 Wochen)
	V 5	Integratives Forschungs- oder Entwicklungsprojekt	14	5	Schriftliche Prüfung: Projektbericht (Bearbeitungszeit: 2 Wochen) – vgl. § 12

⁶ LP = Leistungspunkte im Sinne des ECTS

⁷ SWS = Semesterwochenstunden des Kontaktstudiums

Integration	I 1	Integration bisheriger Berufs- und Felderfahrung	9	3	Mündliche Prüfung: Kolloquium als Gruppenprüfung (Prüfungsdauer: 10 Minuten/Teiln.) – vgl. § 12
	I 2	Reflexion und berufsvorbereitende Entwicklung des Studienprofils	8	4	Mündliche Prüfung: Kolloquium als Gruppenprüfung (Prüfungsdauer: 10 Minuten/Teiln.) – vgl. § 12
Ab-schluss	A 1	Masterarbeit ⁸ (incl. Begleitveranstaltung)	25	2	Masterarbeit – vgl. § 24

⁸ Teilnahmevoraussetzungen: Für A 1 ist der erfolgreiche Abschluss der Module G 1 und 2, V 1 bis 4 und I 1 Bedingung, da die Kompetenzen aus diesen Modulen für die Erstellung der Abschlussarbeit Voraussetzung sind.